

Laufendes Protokoll Nr.: 05	Protokoll vom: 25.05.2023 Ort: freiLand Potsdam, Friedrich Engels Straße 22, 14473 Potsdam Zeit: 18:00 – 20:30 Uhr						
Anlass: 05. Sitzung des Potsdamer Beteiligungsrates 2023							
<p>Anwesende:</p> <table border="0"> <tr> <td data-bbox="244 459 411 488"><u>Bürger/innen:</u></td> <td data-bbox="678 459 821 488"><u>Verwaltung:</u></td> <td data-bbox="1058 459 1121 488"><u>SVV:</u></td> </tr> <tr> <td data-bbox="244 495 507 768"> Andrey Babeyko Dr. Reinhart Binder Daniel Frieß Dr. Antje Jordan Prof. Dr. Heinz Kleger Antje Knorr Anke Samuelson Franziska Wilke </td> <td data-bbox="678 495 821 768"></td> <td data-bbox="963 495 1121 524">Uwe Fröhlich</td> </tr> </table> <p><u>Gäste:</u></p> <p><u>Moderation:</u> Nicolas Bach (nexus Institut)</p> <p>Kathrin Kortmann, LHP, WerkStadt für Beteiligung (WfB) André Mazloumian, LHP, WerkStadt für Beteiligung (WfB) Sabine Pommerening, LHP, WerkStadt für Beteiligung (WfB) Thomas Geisler, mitMachen e. V., WerkStadt für Beteiligung (WfB) Olga Bartieva</p>		<u>Bürger/innen:</u>	<u>Verwaltung:</u>	<u>SVV:</u>	Andrey Babeyko Dr. Reinhart Binder Daniel Frieß Dr. Antje Jordan Prof. Dr. Heinz Kleger Antje Knorr Anke Samuelson Franziska Wilke		Uwe Fröhlich
<u>Bürger/innen:</u>	<u>Verwaltung:</u>	<u>SVV:</u>					
Andrey Babeyko Dr. Reinhart Binder Daniel Frieß Dr. Antje Jordan Prof. Dr. Heinz Kleger Antje Knorr Anke Samuelson Franziska Wilke		Uwe Fröhlich					
<p>Abwesende (e = entschuldigt):</p> <p>Dr. Sabine Albrecht , Stefanie Buhr (e), Freda von Heyden-Hendricks (e), Nico Marquardt, Nadine Neidel (e), Frauke Neumann (e), Günter zur Nieden (e), Kay Oberstädt (e), Julius Stahlberg (e)</p>							
<p>TOP</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Begrüßung, TOPS 2. Mini Open Space: Gruppenarbeit zu verschiedenen Themen 3. Aktuelles – Bericht aus den AGs und von anderen Aktivitäten 							
<p>Anhänge</p> <ol style="list-style-type: none"> a. Plakate aus dem Mini Open Space b. Stufen der Beteiligung nach Sherry Arnstein c. Prozessmonitor d. Präsentation StEK Verkehr e. Bericht des Ortsvorstehers Winfried Sträter 							

1 Begrüßung; TOPs

Herr Bach eröffnet die Sitzung des Beteiligungsrates (BR) und begrüßt alle anwesenden Mitglieder und Gäste. Kathrin Kortmann, neue Leiterin des Bereichs Partizipation und Demokratiearbeit stellt sich kurz vor und wird von den Mitgliedern des Beteiligungsrats willkommen geheißen. Herr Bach stellt die Tagesordnung vor, die von den anwesenden Mitgliedern angenommen wird.

2 Mini Open Space

Nach der Einführung arbeiteten die Mitglieder des BR parallel in fünf Kleingruppen zu selbst ausgewählten Themen. Folgende Themen wurden in den Kleingruppen besprochen:

- Exkursionen zu Beteiligungsthemen
- Zusammenarbeit mit anderen Beiräten
- Bewertung von Beteiligungsprozessen
- Themen für die Klausur
- Öffentliche Wahrnehmung des BR

Die Ergebnisse wurden von den Teilnehmenden auf Postern festgehalten. Im Folgenden werden die Ergebnisse aus den Kleingruppen erläutert.

Exkursion zu Beteiligungsthemen

Es wird vorgeschlagen, dass der BR regelmäßig Exkursionen an beteiligungsrelevante Orte oder zu beteiligungsrelevanten Themen unternimmt, um eine konkrete Vorstellung von den Orten zu erhalten, zu denen es Beteiligungsprozesse gibt.

Die Gruppe schlägt zentrale Exkursionen vor, an denen der gesamte BR teilnimmt. Diese Exkursionen könnten zweimal im Jahr stattfinden und sollen neue Erkenntnisse vermitteln, gezielt einzelnen Projekte vorstellen und zur Stärkung des Gruppengeistes beitragen. Denkbar wären auch Exkursionen in die Potsdamer Partnerstädte, um zu erfahren, wie in ihnen Planung und Beteiligung durchgeführt wird.

Darüber hinaus werden dezentrale Exkursionen vorgeschlagen, die quartalsweise stattfinden könnten. An diesen Exkursionen sollen nur einzelne, interessierte Mitglieder, Gruppen oder AGs teilnehmen.

Als ein mögliches Beispiel für eine Exkursion wird auch das Potsdamer Rathaus genannt, um einen Eindruck davon zu bekommen, wie die Jahresplanung einer Stadt aussieht.

Zusammenarbeit mit anderen Beiräten

Neben dem Beteiligungsrat Potsdam verfügt die Landeshauptstadt über acht weitere Beiräte zu folgenden Themen:

- Senioren
- Menschen mit Behinderung
- Migranten
- Wirtschaft
- Wissenschaft
- Digitalisierung
- Gestaltung
- Naturschutz

Die ersten vier Beiräten haben eine herausragende Stellung, da sie durch die Hauptsatzung festgeschrieben und damit fester Bestandteil der politischen Landschaft Potsdams sind. Alle anderen Beiräte sind optional.

Die Gruppe schlägt eine engere Vernetzung mit den anderen Beiräten vor, um Schwachstellen oder Wünsche zur Beteiligung der jeweiligen Beiräte zu erfragen und festzustellen, ob sie Themen bearbeiten, bei denen eine Unterstützung durch den BR sinnvoll wäre. Ziel sollte es sein, ein Verfahren für den regelmäßigen Austausch zwischen den Beiräten zu finden. Hierfür könnte auch die angekündigte Austauschplattform für die Potsdamer Beiräte genutzt werden. Darüber hinaus könnte sich der BR mittelfristig dafür einsetzen, dass im geplanten Haus der Demokratie eine Repräsentanz für alle Beiräte eingerichtet wird.

Bewertung von Beteiligungsprozessen

Diese Gruppe beschäftigte sich mit der Frage, ob die qualitative Bewertung von Bürgerbeteiligungsprozessen ein neues Tätigkeitsfeld für den BR werden könnte und wie eine Bewertung aussehen könnte.

Die Gruppe schlägt vor, die Potsdamer Grundsätze für Beteiligung als grundlegende Kriterien für die Bemessung bzw. Beurteilung von Beteiligungsprozessen zu verwenden. Auch die Stufen der Beteiligung nach Sherry Arnstein (s. Anhang) könnten für die Beurteilung und Einordnung von Beteiligungsprozessen genutzt werden.

Die Bewertung von Beteiligungsprozessen könnte zu einer weiteren Belastung des Verwaltungspersonals führen. Es sei zu bedenken, dass durch die Bewertung eine größere Transparenz von Beteiligungsprozessen hergestellt wird, wodurch sich die Landeshauptstadt Potsdam zusätzlich angreifbar machen könnte.

Die Gruppe beendet ihre Vorstellung mit der Frage, ob sich zu diesem komplexen Thema innerhalb des BR eine AG bilden soll. Herr Geisler merkt an, dass sich die WerkStadt für Beteiligung (WfB) derzeit bereits mit Möglichkeiten der Bewertung von Beteiligungsprozessen beschäftigt. Da dies ein sehr vielschichtiges und kompliziertes Thema ist, schlägt er vor, dass die WfB ihre (Zwischen-) Ergebnisse dem BR zur Verfügung stellt. Der BR kann dann auf dieser Grundlage entscheiden, ob bzw. wie das Thema weiter verfolgt werden soll.

Themen für die Klausur

Eine weitere Kleingruppe sammelte mögliche Themen für die Klausur des BR, die im Oktober 2023 stattfinden soll. Folgende Ideen wurden gesammelt:

- Smart City
 - o Wie ist der aktuelle Stand?
 - o Wo kann der BR die Aktivitäten der AG Smart City weiter unterstützen?
 - o Wie könnte ein anderer Name für das Projekt lauten?
- Verkehr in Potsdam
 - o Wie steht es um das Vorhaben der autoarmen Innenstadt Potsdam?
 - o Wo steht das Stadtentwicklungskonzept (StEK) Verkehr?
- Wirksamkeit des Beiratsrats
 - o Wie können wir (gute) Beteiligung messen?
 - o Verbesserung der Wahrnehmung und Sichtbarkeit des BR
 - Social Media (Twitter & Co)
 - Vernetzung mit anderen Beiräten

Öffentliche Wahrnehmen des Beiratsrats

Die fünfte Gruppe beschäftigte sich mit der Frage, wie die öffentliche Wahrnehmung des BR verbessert werden kann. Folgende Ideen wurden hier gesammelt:

- Der jährliche Tätigkeitsbericht des BR in der SVV sollte wieder aufgenommen werden. Dadurch könnte die Wahrnehmung der Arbeit des BR durch die Politik erhöht werden.

- Ebenso sollen die jährlichen Treffen mit dem Oberbürgermeister wieder durchgeführt werden.
- Auf der Webseite des BR könnten verstärkt aktuelle Meldungen und Pressemitteilungen des BR veröffentlicht werden.
- Grundsätzlich ist ein intensiverer Kontakt zur Presse gewünscht, um den BR in der Öffentlichkeit bekannter zu machen und die öffentliche Aufmerksamkeit auf Beteiligungsthemen zu lenken.
- Der BR könnte verstärkt Social Media Kanäle nutzen, um auf seine Arbeit aufmerksam zu machen. Die Sprecher:innen wollten Herr Stahlberg fragen, ob er Interesse hätte, sich dazu Gedanken zu machen oder diese Aufgabe zu übernehmen.
- Auch innerhalb der Verwaltung sollte die Arbeit des BR bekannter gemacht werden. Herr Fröhlich schlägt hierfür vor, dass der BR sich und seine Arbeit auf einer Beigeordnetenkonzferenz vorstellt.

3 Aktuelles – Bericht aus den AGs und andere Aktivitäten

3.1 Prozessmonitor

Es gab eine Frage zum Stadtteilnetzwerk Potsdam West. Aus dem Stadtteilnetzwerk hat sich eine Gruppe gegründet, die sich dem Lottenhof widmet, für den Fördergelder bereitgestellt wurden. Die Gruppe ist nun unter Zeitdruck, um jemanden zu finden, der die Planung für die Umgestaltung übernimmt. Das Geld kann ausschließlich für die Planung ausgegeben werden. Die zusätzlich vorgesehene Beteiligung zur Gestaltung des Lottenhofs liegt derzeit ausschließlich beim Stadtteilnetzwerk Potsdam West, das dafür keine zusätzlichen Ressourcen erhalten hat und deshalb derzeit am Limit arbeitet. Die WfB berät das Stadtteilnetzwerk West, wie es mit der aktuellen Situation umgehen kann: Wie kann es der Landeshauptstadt gut kommunizieren, wo die Grenzen der bearbeitbaren Aufgaben durch das Stadtteilnetzwerk sind?

3.2 StEK Verkehr – Teilnahme des BR

Herr Frieß und Herr Binder haben sich mit Herrn Weber und Herrn Krüger aus dem Bereich Verkehrsentwicklung getroffen, um zu besprechen, wie die weitere Beteiligung zum StEK Verkehr aussehen könnte.

Frau Jordan berichtet von der Werkstatt zum Stadtentwicklungskonzept Verkehr für Potsdam Nord. Das Thema Fahrrad hat die Veranstaltung dominiert. Insbesondere spielte die Erhöhung der Sicherheit für den Radverkehr eine wichtige Rolle. An der Veranstaltung konnten alle interessierten Bürger:innen teilnehmen. Die dort gezeigte Präsentation, aus der der Stand der Dinge deutlich wird, ist im Anhang zu finden. Als nächstes findet am 30. Mai 2023 ab 18 Uhr eine Werkstatt zum Stadtentwicklungskonzept Verkehr für Potsdam Süd im Humboldtgymsnasium statt. Eine Befragung von Kindern und Jugendliche hat bereits vom 27.03.2023 bis 24.04.2023 stattgefunden.

Frau Jordan wird einen kurzen Bericht von der Veranstaltung als Meldung für die Homepage verfassen.

3.3 Umfrage zum Bürgerhaushalt und zur Bürgerbeteiligung – Engagement des BR

Frau Knorr und Frau Wilke hatten ein online Meeting mit Herrn Daenzer, bei dem die genaueren Umstände der Befragung besprochen und geklärt wurde, welche Fragen noch ergänzt werden könnten. Frau Knorr und Frau Wilke haben einige Verbesserungsvorschläge und zwei Fragen an Herrn Daenzer geschickt. Dadurch wird der BR im Fragebogen namentlich erwähnt. Es ist noch unklar, ob die Fragen in die Umfrage aufgenommen werden. Eine

Rückmeldung durch Herrn Daenzer steht noch aus. Da die Umfrage noch unter Haushaltsvorbehalt steht, ist noch nicht sicher, ob die sie durchgeführt werden wird.

3.4 Antrag auf Rederecht im Bau- und Stadtentwicklungsausschuss

Wie in der vorherigen Sitzung besprochen, hat Herr Mazlounian eine Anfrage für ein informelles Treffen an das Büro von Herrn Rubeld gestellt. Eine Antwort steht bis heute aus. Grundsätzlich schätzt Herr Mazlounian das Vorgehen als problematisch und wenig erfolgversprechend ein, da ein gültiger Beschluss des Ausschusses vorliegt, der besagt, dass der BR zu jeder Sitzung das Rederecht im Bau- und Stadtentwicklungsausschuss beantragen kann und sich dann für maximal fünf Minuten zu prozessualen Fragen äußern darf. Es wird vorgeschlagen, Herrn Rubelt gegebenenfalls anzusprechen, wenn er in einem anderen Kontext, wie zum Beispiel dem Werkstatt zum StEK Verkehr, getroffen wird.

Herr Fröhlich schlägt als alternatives Vorgehen vor, mit dem Ausschussvorsitzende Herrn Tomczak zu vereinbaren, dass er vor jeder Sitzung das Rederecht für den Beteiligungsrat beantragt.

Es wird vorgeschlagen, vorerst die gegebenen Möglichkeiten auszunutzen, zum Ausschuss hinzugehen und gegebenenfalls sitzungsweise das Rederecht zu beantragen. Dadurch soll der BR im Ausschuss Präsenz zeigen und auch persönlich bekannt werden. Zuvor sollte geklärt werden, ob Herr zur Nieden und Herr Oberstädt weiterhin Interesse an einer regelmäßigen Teilnahme am Bau- und Entwicklungsausschuss haben.

3.5 Kulturpolitische Strategie der Landeshauptstadt Potsdam

Zum kulturpolitischen Strategieprozess wurde gefragt, ob bereits etwas zu weiteren Beteiligungsveranstaltungen und -formate gesagt werden kann. Herr Mazlounian erläutert, dass dies bald der Fall sein wird. Frau Wilke berichtet, dass der Prozess derzeit stockt und noch kein Entwurf des Strategiepapiers vorliegt. Die geplante Sitzung des Gremium ist auf einen noch nicht bekannten Termin verschoben worden.

Es gibt einen neuen Kulturbeigeordneten. Das Gremium wartet darauf, dass er sein Amt antritt, damit er in den Prozess einbezogen werden kann. Herr Fröhlich berichtet, dass der Beigeordnete erst im September oder Oktober seine Arbeit aufnimmt.

3.6 Bericht aus dem Ausschuss PTD

Es gibt erneut Stadtteilspaziergänge in Golm.

Des Weiteren soll die WfB einen Vorschlag für eine standardisierte Benennung von Beteiligungsformaten erarbeiten, damit die Besucher:innen bereits vor der Veranstaltung wissen, was sie erwartet (Information, Austausch, Beteiligung etc.) und mit entsprechenden Erwartungen daran teilnehmen.

Des Weiteren wurde im Ausschuss die Einrichtung eines virtuellen Bürgeramtes angekündigt, durch das die Bürger:innen mehr Serviceleistungen der Verwaltung über das Internet abwickeln können sollen.

3.7 Ortsbeiräte

Frau von Heyden-Hendricks hat vor der Sitzung einen Bericht des Ortsvorstehers Winfried Sträter an die Teilnehmenden geschickt, der über seine Teilnahme am kommunalpolitischen Forum im Landtag berichtet. Da Frau von Heyden-Hendricks und Herr Oberstädt nicht an der Sitzung teilnehmen konnten, wurde der TOP auf eine der kommenden Sitzungen vertagt.

3.8 Schlaatz 2030: Dezentrale Auslegung des B-Plans

In der Juni Sitzung des BR wird das Thema Schlaatz 2030 im Mittelpunkt stehen. Vor der eigentlichen Sitzung wird ab 17.30 Uhr eine kurze Führung mit Herrn Schwarz durch den

Schlaatz angeboten, bei der auch das PlanLabor vorgestellt wird. Treffpunkt ist der Container des PlanLabors, der auf den Schlaatzer Marktplatz steht. Eine Anfahrtsskizze mit genauem Standort wird den Mitgliedern vor der Sitzung zugeschickt.

Herr Fröhlich, Frau Neidel und Thomas Geisler haben sich bereits zu einer möglichen Beteiligung der Anwohnerschaft ausgetauscht. Diese Ideen sollen ebenfalls auf der kommenden Sitzung vorgestellt und besprochen werden. Des Weiteren informiert Herr Fröhlich, dass er im September einen Antrag zur dezentralen Auslage des B-Plans im Schlaatz als Stadtverordneter einreichen wird, der die Verwaltung damit beauftragt. Die Verwaltung hat bereits im Vorfeld deutlich gemacht, dass nicht allen Ideen nachgekommen werden kann.

Ein Tag vor der Sitzung des BR tagt der Stadtteilrat. Es wird versucht Mitglieder dieses Gremiums zur Teilnahme an der kommenden Sitzung des BR zu gewinnen.

Im Nachgang zur Sitzung kann eine Pressemitteilung des BR zum Schlaatz 2030 verfasst werden.

Das Sommerfest des BR wird auf den Augusttermin des BR verschoben.

4 Organisatorisches

4.1 *Termin für das zweite Halbjahr*

Vorerst wurden die folgenden Termine festgelegt:

- 24. August (*Anm. d. Moderation: Leider kann Herr Bach an diesem Termin nicht. Es müsste besprochen werden, ob das Treffen verschoben wird oder ob Herr Bach vertreten werden soll*)
- 14. September

Da es nicht möglich sein wird, Termine zu finden, an denen alle können, wird Herr Bach eine Abfrage an alle Mitglieder geschickt, um zu sehen an welchen Terminen die Mehrheit kann.

4.2 *Nächster Sitzungstermin*

Die nächste Sitzung findet am 15. Juni 2023 statt.

4.3 *Mögliche Themen für die Klausurtagung*

- Verkehr: Autoarme Innenstadt (evtl. auch Weihnachtsmarkt auf der Brandenburger Straße) und StEK Verkehr
- Smart City
- Wahrnehmung des BR
- Klimawandel in der Stadt (in Kombination mit Smart City)
- Eventuelle Anpassung der Grundsätze für Beteiligung
- Vorbereitung einer Veranstaltung vor den Wahlen in Potsdam

4.4 *Weitere Themen für kommende Sitzungen*

- AG Smart City: Vorstellung der Umfrageergebnisse (August 2023?)
- Themensammlung für die Klausur 2023
- Ortsbeiräte: Treffen mit Frau Arasin und Prof. Franzke (Ende des Jahres 2023)

Anhang

Mini Open Space: Plakate

Zusammenarbeit mit anderen Beiräten

Wissenskraft

- Schulen
- Kreislauf- und Weiterbildung
- Projektkooperation
- Gestaltung
- Projekte
- Netzwerke
- Leitungsstruktur

(= Hauptsetzung)
alle anderen (incl. BR) optional

Kontakt zu sprechen

Gemeinsamer Termin - 22. Klausur BR

- Schwachstellen / Wünsche zur Beteiligung der jew. Beiräte
- inhaltliche Themen der Beiräte, die der BR unterstützen könnte

Haus der Demokratie: Repräsentanz der Beiräte
Verfahrensvereinbarungen / regelmäßiger Austausch

Exkursionen zu Beteiligungsthemen

- zentrale Exkursionen ges. BR
2x jährlich
 - Ausflug mit Erkenntnisgewinn
 - Vorstellung von Projekten
 - Stärkung des Gruppengeistes
 - Partnerstädte
- dezentrale Exkursionen
quartalsweise
 - Einzelne Mitgl. Gruppen BR

Bewertung von Beteiligungsprozessen

Grundsätze \rightarrow Bemessung?
(Formalisierung?)

- Entscheidungsprozesse
werden belastet: Personal?

- Transparenz \Rightarrow "Angreifbarkeit?"

Partiz. Stufen als Noten der Beteiligung?

AG - ?



Themen für die Klausur

ZIEL: 1 Leitthema

VORSCHLÄGE:

Smart City

· Verkehr (STFK) / autoarme Innenstadt

Wie können wir (gute) Beteiligung messen?

Wahrnehmung / Sichtbarkeit BR
- Social Media (Twitter & Co.)
→ Vernetzung andere Beiräte

Wirksamkeit des BR



öffentliche Wahrnehmung des
BR

SVV

T. DBM

Webseite → Verfassen von PM durch BR selbst

Presse

Social Media

verwaltungsintern

↳ TOP Beigeordnetenkonferenz

Stufen der Beteiligung nach Sherry Arnstein

Arnsteins "Leiter der Bürgerbeteiligung"

8. Subsidiarität

Bürger können ein Programm oder eine Einrichtung leiten, die volle Verantwortung für politische und verwaltungstechnische Aspekte tragen und sind in der Lage, auszuhandeln, unter welche Bedingungen "Außenstehende" Änderungen vornehmen können.

7. Delegierte Gestaltung

Die Bürger haben signifikante Entscheidungskarten in der Hand. Programme sind denen rechenschaftspflichtig. Um Differenzen zu lösen, müssen die Planer oder Verwalter agieren und ein Verhandlungsprozess einleiten, statt bloß auf aufbauende Druck zu reagieren.

6. Partnerschaft

Gemeinsame Planung und Entscheidungsfindung durch Strukturen wie gemeinsame Gremien, Planungsausschüsse und Mechanismen zur Lösung von Konflikten.

5. Abwiegung

Bürger haben ein begrenztes Maß an Einfluss auf einen Prozess. Sie sind lediglich nur beteiligt, um zu zeigen, dass sie beteiligt waren. Ein paar handverlesene "würdige" Personen in Gremien, die nicht rechenschaftspflichtig sind und überstimmt und ausmanövriert werden können.

4. Konsultation

Bloße Einholung der Bürger Meinungen, wenn es nicht mit einem Konsultationsprozess kombiniert wird, um zu gewährleisten, dass die Anliegen und Ideen der Bürger berücksichtigt werden.

3. Informieren

Einseitiger Informationsfluss von Planern zu den Bürgern, ohne dass ein Kanal für Rückmeldungen vorhanden ist und keine Möglichkeit, ein anderes Ergebnis zu finden.

2. Therapie

Pseudo-partizipatorische Programme, die versuchen, die Bürger davon zu überzeugen dass sie das Problem sind.

1. Manipulation

Wenn öffentliche Einrichtungen oder Beamten den Bürgern vorgaukeln, dass sie in einem Prozess teilnehmen können, der absichtlich so gestaltet wurde, dass ihnen die Macht vorenthalten wird.



Nach Sherry Arnstein 1969 Artikel
"A Ladder of Citizen Participation,"
Journal of the American Planning Association.
Infografik bei Stephan Steinbach v2022-07
alternativetransport.wordpress.com CC BY-SA 3.0 AT

Quelle: <https://www.steinbach.wien/2022/arnsteins-leiter-der-burgerbeteiligung/>

Legende

Prozessbezeichnung

1. Prozessgegenstand
2. Prozessbeteiligte
3. Stand und nächste Schritte
4. Rolle der WerkStadt für Beteiligung
5. Status: ■ läuft ■ pausiert

1. Schlaatz 2030

1. Im Zuge der Fortsetzung des Förderprogramms „Soziale Stadt“ für den Stadtteil Schlaatz wird ein Konzept zur zukünftigen Partizipation der Einwohner:innen entwickelt (Drucksachennummer: 21/SVV/0066).
2. Zuständige Sachbearbeiter:innen im Geschäftsbereich 4 der Verwaltung, Wohnungsunternehmen in „Bündnis für den Schlaatz“, Träger vor Ort, Einwohner:innen, Planlabor (Kollektiv Stadtsucht), Stadtkontor
3. Nach der Abschlussdialogrunde erfolgte die Juryentscheidung. Mit der Entscheidung konnte der finale Masterplan erstellt und öffentlich vorgestellt werden. Im Jahr 2023 sollen weitere Beteiligungsmöglichkeiten stattfinden. Hierzu wird das Team vom Planlabor, der Stadtkontor und andere Akteur:innen einen Container in zentraler Lage am Marktplatz nutzen. Auf einem Nachbarschaftsfest am 17.05.23 konnte die Einwohner:innen die Planung anschauen und diskutieren. Die Hinweise, Anmerkungen und Kritik wurden gesammelt. Der nächste Schritt ist der Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplans in der Stadtverordnetenversammlung und weiter das formelle Teilnahmeverfahren.
4. Die WerkStadt hat berät und begleitet die Vorhabenträger:innen und Akteur:innen bei dem Prozess Schlaatz 2030.
5. ■ Status: läuft

2. Stadtteilvertretung Waldstadt

1. Im Anschluss an die erfolgreiche Etablierung einer sozio-kulturellen Stadtteilkoordination im Waldstadt stellt sich nun die Frage nach der Entwicklung einer politischen Stadtteilvertretung für den Stadtteil. Dies soll als „Drehscheibe“ für Themen aus der Waldstadt in die Stadtverordnetenversammlung sowie die Verwaltung und andersherum dienen.
2. Beteiligt sind zunächst die zivilgesellschaftlichen Akteur:innen aus dem Netzwerk „Für EINE Waldstadt“ und die Stadtteilkordinatorin Frau Anna Seegers. Einbezogen werden zudem zukünftig die Arbeitsgruppe Nachbarschafts- und Begegnungshäuser der Verwaltung sowie das Büro der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung.

3. Es hat Erstgespräch zu diesem Prozess mit der externen WerkStadt stattgefunden und das Thema wird im Zuge der nächsten Sitzung des Netzwerkes aufgerufen. Darauf aufbauend wird sich eine Arbeitsgruppe unter Begleitung der WerkStadt bilden und Möglichkeiten zur Entwicklung einer für die Waldstadt passenden Stadtteilvertretung erarbeiten. Hierfür ist die zweite Jahreshälfte 2023 als Arbeitszeitraum vorgesehen.
4. Die WerkStadt organisiert und moderiert den Arbeitsprozess der zivilgesellschaftlichen Akteur:innen in der Waldstadt und fungiert als Mittlerin zur Verwaltung und der Stadtverordnetenversammlung.
5. Status: ■ läuft

3. Strategieguppe Rechenzentrum

1. Auf Initiative des Oberbürgermeisters soll für das Grundstück des durch die „Stiftung für den Wiederaufbau der Garnisonkirche“ geplanten Kirchenschiffes im Zuge eines 4 stufigen Prozesses gemeinsam mit der Stiftung und den Nutzer:innen des Rechenzentrums (inklusive des FÜR e.V.s) Konzepte für die inhaltliche Nutzung und dem folgend für mögliche Gestaltungen entwickelt werden. Hierzu ist in Phase 2 ein „Design Thinking“ Prozess angestoßen worden, der von der Hasso Plattner Institut - School of Design Thinking betreut wurde. Näheres findet sich im RIS unter der Vorlagennummer: 20/SVV/1386. Gegenwärtig wird Phase drei des Prozesses vorbereitet, wobei hierzu von Seiten des Büros des Oberbürgermeisters eine Machbarkeitsstudie für mögliche Architekturen vor Ort auf Basis der bisherigen
2. Prozessergebnisse in Planung ist. Die Vollversammlung der Nutzer:innen des Rechenzentrums lehnt bisher die Teilnahme am weiteren Arbeitsprozess (im nächsten Schritt die Beauftragung der o.g. Machbarkeitsstudie und das darin eingebetteten Arbeitsprozesses) aufgrund der durch die Stiftung Garnisonkirche eingebrachten Prämissen (notwendiger Abriss/Teilabriss des Rechenzentrums) und der aus ihrer Sicht geringen Praktikabilität des bisher vorgeschlagenen Arbeitsprozesses ab. Aktuell finden Gespräch im Dreieck Oberbürgermeister, Rechenzentrum und Stiftung statt, um auszuloten, ob eine Verständigung hinsichtlich der genannten Prämissen der Stiftung und des Arbeitsprozesses gefunden werden kann. Beteiligt sind das Büro des Oberbürgermeisters, die Stiftung Garnisonkirche und die Nutzer:innen des Rechenzentrums.
3. Für die Nutzer:innen des Rechenzentrum in ihrer Vielfältigkeit ist die Teilnahme an diesem Prozess neben der Beteiligung an dem Prozess zur Ausgestaltung des neuen Kreativquartiers in der Nachbarschaft mit vielen Herausforderungen und großem zeitlichen Aufwand verbunden. Daher haben diese die WerkStadt um eine Beratung und Begleitung der Strategieguppe gebeten. Hierzu finden nunmehr in 14 tägigen Abständen Treffen statt. Zudem wird nach Bedarf auch zwischenzeitlich in Coachings oder Supervisionen durch die WerkStadt für Beteiligung unterstützt. Zum aktuellen Zeitpunkt befinden sich die Nutzer:innen des Rechenzentrums in einer Phase der Neuorientierung bzgl. des Vorschlags einer Machbarkeitsstudie.
4. Die WerkStadt für Beteiligung ist in beratender und begleitender Rolle eingebunden.
5. ■ Status: läuft

4. WerkStadt-Bericht

1. Die WerkStadt für Beteiligung hat sich zur Aufgabe gemacht einen Bericht der zurückliegenden Jahre zu erstellen. Der Bericht hat das Ziel, Nichtfachpublikum Einblicke in die Arbeit der Einrichtung zu geben. Angestrebt wird die Publikation zum Mitte des Jahres 2023.
2. Mitarbeiter:innen der internen und externen WerkStadt für Beteiligung
3. Die inhaltliche Struktur des Berichts ist abgestimmt, liegt vor und die finalen Texte sind erarbeitet. Das Lektorat der Texte ist abgeschlossen und der Bericht befindet sich in der Druckvorbereitung.
4. Die WerkStadt ist in federführender Rolle für die Erstellung des Berichtsinhalts zuständig.
5.  Status: läuft

5. Kulturpolitische Strategie

1. Die LHP gibt sich seit vielen Jahren Kulturpolitische Leitlinien, um die Gestaltung der Förderpolitiken im Bereich Kultur konzeptionell zu verankern. Dazu gehört ein Prozess, in dem die Leitlinien regelmäßig überprüft und fortgeschrieben werden. In dem nun angestoßenen Prozess geht es um die Neuausrichtung der kulturpolitischen Strategie inklusive der Entwicklung von korrespondierenden Leitlinien.
2. Fachbereich 24, Kultur und Museum (Projektkoordination und Begleitung des Forschungsprozesses), die Fachhochschule Potsdam Kulturarbeit (wissenschaftliche Projektleitung)
3. Der Prozess befindet sich in der Beteiligungsphase. Im Rahmen von AGs und Themenworkshops wird insbesondere kulturpolitischen Akteur:innen ermöglicht, an der kulturpolitischen Strategie mitzuwirken. Im Rahmen der Beteiligungsphase fanden u.a. Fokusgruppengespräche, ein Runder Tisch, eine Online-Befragung von Jugendlichen und Befragungen von Kulturaktiven via Mail statt. Die Strategiegruppe begleitet den Gesamtprozess und gibt Rückmeldung zu anstehenden Planungsschritten. Zum Abschluss dieser Beteiligungsphase fand eine (online) Plenumsveranstaltung statt. Diese richtete sich an die Kulturakteur:innen Potsdams. Die Ergebnisse des Plenums werden durch das Projektteam und die Mitwirkung der Strategiegruppe im weiteren Prozess fachlich analysiert und in die Kulturpolitischen Strategien und Maßnahmen übertragen.
4. Die WerkStadt berät den zuständigen Fachbereich 24 und den Kooperationspartner der FHP insbesondere bei der Planung und Durchführung in beteiligungsrelevanten Kontexten im Gesamtprozess (Bsp. Leistungsbeschreibung für Planung und Steuerung Gesamtprozess; Moderation etc.) Zudem nimmt die WfB an regelmäßigen Treffen der eingerichteten Strategiegruppe beratend teil.
5.  Status: läuft

6. Wohnungspolitisches Konzept

1. Das Wohnungspolitische Konzept soll fortgeschrieben werden. Bei der Erarbeitung der Inhalte sollen organisierte Gruppen und Einwohner:innen die Möglichkeit haben, sich zu beteiligen. Neben verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen sollen in mehreren Dialogforen die Ergebnisse und Ideen diskutiert werden, damit sie Eingang in die Konzeptarbeit finden. Für die Durchführung dieser Aufgaben wurde ein externer Dienstleister verpflichtet.
2. Fachbereich 39 Wohnen, Arbeit und Integration, Stadtentwicklung
3. Die Abstimmung und Prozessplanung mit dem Auftragnehmer und dem beteiligten Fachbereich ist abgeschlossen. Ein 1. Dialogforum „Wohnen der Zukunft“ hat im April stattgefunden und wird aktuell ausgewertet.
4. Die WerkStadt berät den zuständigen Fachbereich bei der Planung und Umsetzung der Beteiligung.
5. ■ Status: läuft

7. Stadtteilnetzwerk Potsdam West

1. Das Stadtteilnetzwerk Potsdam West leistet seit Jahren wertvolle Nachbarschaftsarbeit. Die Planungen zur Sanierung des „Lottenhofs“ stellen das Netzwerk vor neue Herausforderungen und Aufgaben im Hinblick auf Beteiligung. Das Stadtteilnetzwerk erörtert die relevanten Fragen die sich inhaltlich, organisatorisch und strukturell daraus ergeben.
2. Vorstandsmitglieder, Hauptamtliche und Ehrenamtler:innen im Stadtteilnetzwerk Potsdam West
3. Mit Begleitung der WerkStadt für Beteiligung wurde eine Klausur durchgeführt in der die aktuellen Fragen und Herausforderungen identifiziert wurden. Weitere Beratungstreffen sind geplant.
4. Die WerkStadt für Beteiligung begleitet und berät das Stadtteilnetzwerk in ihrem Strukturierungsprozess.
5. ■ Status: läuft

Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzept Verkehr bis 2040 für die Landeshauptstadt Potsdam

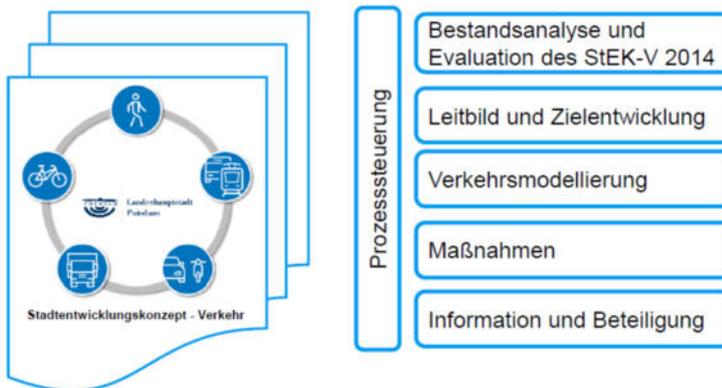
15.05.2023

© Ramboll | Folie 1

www.ramboll.com

Landeshauptstadt Potsdam
Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Verkehr

Übersicht zum Arbeitsprogramm



15.05.2023

© Ramboll | Folie 2

www.ramboll.com

Zuständigkeiten und Aufgabenteilung

Landeshauptstadt Potsdam  Landeshauptstadt
 Bereich Verkehrsentwicklung

Ramboll Deutschland GmbH
 Smart Mobility



Aufgaben

- Inhaltliche Arbeiten bspw. Zusammentragen relevanter Daten und Unterlagen, Verkehrsmodellierung (ggf. in Kooperation mit VCDB) im Analyse-, Null- und Planfall
- Unterstützung bei der Prozesssteuerung, der Beteiligung, der Öffentlichkeitsarbeit und der Ergebniszusammenführung

Hauptansprechpartner

- Frank Schwartzbach:
verkehrsentwicklung@rathaus.potsdam.de
- Anne-Susan Freimuth:
LK-Argus-Potsdam_StEK-Verkehr@ramboll.com

15.05.2023

© Ramboll | Folie 3

www.ramboll.com

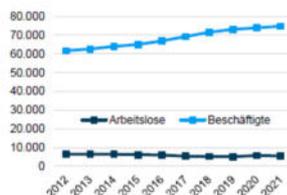
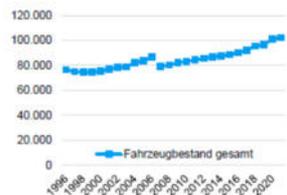
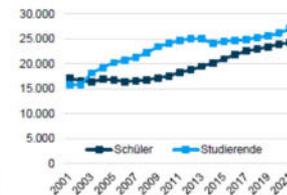
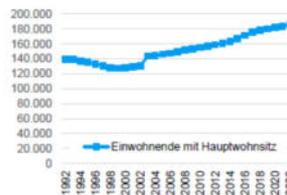


Bestandsanalyse

Das seit Jahren anhaltende Bevölkerungswachstum in Potsdam ist ungebrochen.

Parallel dazu steigen auch die:

- Zahl der Erwerbstätigen
- Schüler- und Studierendenzahlen
- Zahl der Pendler (sowohl Ein- als auch Auspendler)
- Zahl der zugelassenen Fahrzeuge



15.05.2023

© Ramboll | Folie 4

www.ramboll.com

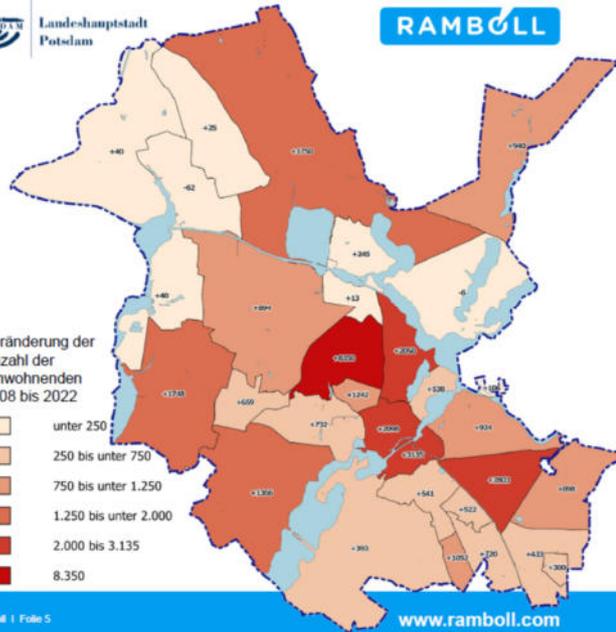
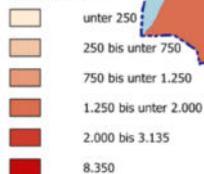
Bestandsanalyse Bevölkerungsentwicklung 2008 bis 2022

Bevölkerungswachstum in Potsdam war in den Stadtteilen nördlich der Havel in der Tendenz größer als in den südlichen.

Besonders hervorzuheben sind folgende Stadtteile:

- Bornstedt (+ 113%, 8.350 EW)
- Golm (+ 71%, 1.748 EW)
- Fahrland (+ 51%, 1.750 EW)
- Nauener Vorstadt (+ 56%, 2.050 EW)
- Babelsberg Süd (+ 26%, 2.803 EW)
- ehem. Südliche Innenstadt (+ 48%, 3.135 EW)

Veränderung der Anzahl der Einwohnenden 2008 bis 2022



15.05.2023

© Ramboll | Folie 5

www.ramboll.com

Leitbild und Zielentwicklung

Stadtverträgliche Mobilität fördern:

Das Leitbild ist davon bestimmt, dass die Kfz-Leistung nicht zunehmen soll. Relevant sind vor allem der Modal Split und kürzere Wege.

Mobilität für alle sichern:

Das Leitbild berücksichtigt Barrierefreiheit und die Belange vulnerabler Gruppen (z. B. Kinder, Ältere, sozial Schwächere). Alle Personen sollen die Möglichkeit haben sich fortzubewegen und am sozialen Leben teilzuhaben. Hier werden u. a. die Vorgaben der diskriminierungsfreien Verkehrsplanung aufgegriffen.

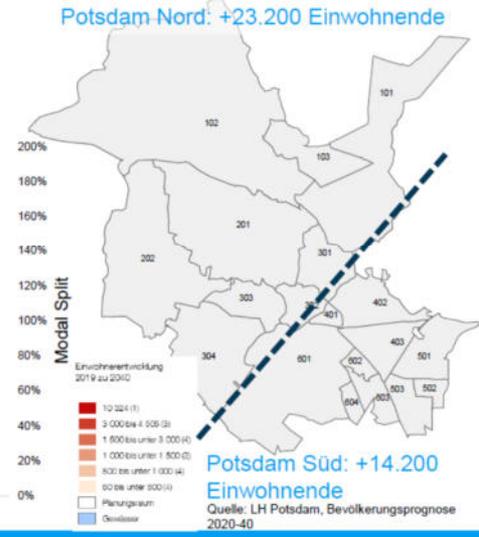
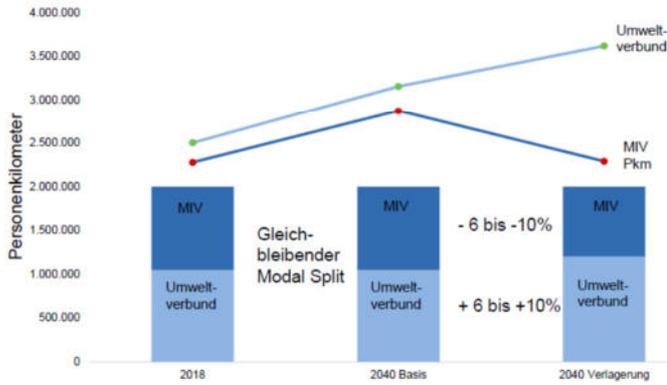


15.05.2023

© Ramboll | Folie 6

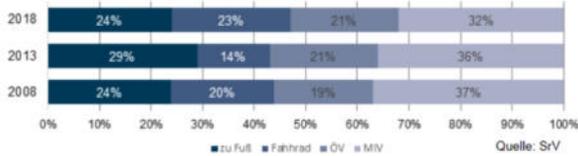
www.ramboll.com

Leitbild und Zielentwicklung

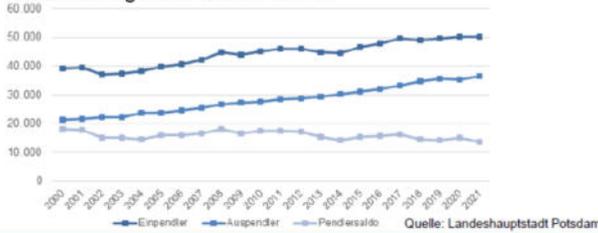


Evaluation

Entwicklung des Modal Split



Entwicklung der Pendlerzahlen



Umsetzungsstand der Maßnahmen im Fuß- und Radverkehr aus dem StEK14



Evaluation des StEK Verkehr 2014 – Umgesetzte Maßnahmen im ÖPNV



- Inbetriebnahme Straßenbahnstrecke nach Campus Jungfernsee
- Einführung des Buskonzept Nordwest mit neuen Tangentialverbindungen Nord / Nord-West
- Fertigstellung der Mobilitätsdrehscheibe Marquardt
- ÖPNV-Bevorrechtigung Zeppelinstraße und Busspur Friedrich-Engels-Straße
- Gründung einer städtischen Mobilitätsagentur „mobiagentur“
- Busspur aus Richtung Geltow
- Taktverdichtungen und zusätzliche Verbindungen im Schienenpersonennahverkehr und entsprechende Anpassung von Anschlüssen

15.05.2023

© Ramboll | Folie 9

www.ramboll.com

Evaluation des StEK Verkehr 2014 – In Umsetzung befindliche bzw. fest im Haushaltsplan vorgesehene Maßnahmen im ÖPNV



- Beschaffung neuer batterieelektrischer Busse und barrierefreier Straßenbahnfahrzeuge
- Busvorlaufbetrieb nach Krampnitz und Fahrland mit Expressbusverbindung nach Berlin-Spandau
- Straßenbahn Strecke über Krampnitz nach Fahrland
- Umbau und Gleismittenerweiterung in der Friedrich-Ebert-Straße
- Machbarkeitsstudie für folgende mögliche Straßenbahnneubaustrecken:
 - Lückenschluss zwischen den Streckenästen nach Babelsberg und Am Stern
 - Verlängerung der Straßenbahn im Korridor Bornim, Eiche, Golm
- P+R Bewirtschaftung am Bahnhof Pirschheide und weitere Standorte in Prüfung
- Busspur in der Potsdamer Straße

15.05.2023

© Ramboll | Folie 10

www.ramboll.com

StEK Verkehr 2040 – weiter zu prüfende Maßnahmen im ÖPNV



- Buskonzept Babelsberg /Südost
- 10-Minuten-Netz bei der Potsdamer Straßenbahn – Jede Linie Mo-Fr tagsüber im 10-Minuten-Takt
- Durchgehender Nachtverkehr bei der Potsdamer Straßenbahn
- Umbau und Gleismittenerweiterung in der Heinrich-Mann-Allee
- Variantenuntersuchung und Machbarkeitsprüfung für zweite Nord-Süd-Verbindung der Straßenbahn zur Umfahrung des Engpasses Nauener Tor
- Aufbau eines Netzes von Mobilitätsstationen in Potsdam
- Einbindung des Bahnaußenringes als Entwicklungsachse der Stadtentwicklung

Evaluation des StEK Verkehr 2014 – Umgesetzte Maßnahmen im Kfz-Verkehr



- Beschluss des P+R-Konzepts und Bau von mehreren neuen Anlagen im Stadtgebiet
- Umgestaltung von Straßenräumen: Fertigstellung des Umbaus der Konrad-Wolf-Allee und der Behlerstraße, Sanierung Templiner Straße
- Einrichtung von neuen Tempo 30 Zonen
- Reduzierung Durchgangsverkehr in der Innenstadt (Diagonalsperre Gutenbergstraße)
- Verabschiedung neue Stellplatzsatzung in Verbindung mit Förderung von betrieblichem Mobilitätsmanagement
- Intensivierung der Parkraumbewirtschaftung durch neue Zonen und höhere Parktarife, aber ermäßigte Parkgebühren für (Elektro-)Carsharing-Fahrzeuge
- Erstellung Ladesäulenkonzept

Evaluation des StEK Verkehr 2014 – In Umsetzung befindliche bzw. fest im Haushaltsplan vorgesehene Maßnahmen im Kfz-Verkehr



- Abschluss Umbau Leipziger Dreieck
- Sanierung Lange Brücke und Nuthe-Brücke Horstweg sowie des Horstwegs von der Dieselstraße bis zur Heinrich-Mann-Allee
- Umgestaltung von Straßenräumen
- Fortführung der Planungen zur Reduzierung des Kfz-Verkehrs in der Innenstadt laufen, erste Maßnahmen sind bereits umgesetzt
- Intensivierung der Parkraumbewirtschaftung durch neue Zonen und höhere Parktarife
- Nachhaltiges regionales Verkehrs- und Infomanagement

15.05.2023

© Ramboll | Folie 13

www.ramboll.com

StEK Verkehr 2040 – weiter zu prüfende Maßnahmen im Kfz-Verkehr (Konzentration auf Instandsetzung und Erhaltung)



- Abfahrtsrampe von der Nuthestraße zur Friedrichs-Engels-Straße
- Verkehrslösung Wetzlarer Straße mit Anbindung an das Industriegebiet Süd
- Ersatz von Bahnübergängen, insbesondere an der Heinrich-Mann-Allee unter Berücksichtigung Umweltverbund
- Umgehungsstraße Potsdam, Ortsumgehung Groß Glienicke
- Bau von zentralen Stellplatzanlagen am Innenstadtring und Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung
- Tempo 30 mit Ausnahme des Hauptverkehrsnetzes
- Prüfung von Kiezblocks/ autoarme Mobilität im Quartier und Quartiersgaragen

15.05.2023

© Ramboll | Folie 14

www.ramboll.com

Evaluation des StEK Verkehr 2014 – Umgesetzte Maßnahmen im Rad- und Fußverkehr

- Beschluss des Radkonzeptes sowie des Fußverkehrskonzeptes
- Zunahme Radverkehr/Ausbau Radwege (u.a. Bau Brücke über den Großen Zernsee nach Werder/ Uferweg Nuthepark Speicherstadt)
- Anlage von neuen Radfahr- und Schutzstreifen sowie Fahrradstraßen, Verbesserung der Radverkehrsführung an Knotenpunkten
- Bau von zahlreichen Querungshilfen und Gehwegerneuerungen für den Fußverkehr
- Bessere Verknüpfung von Rad und ÖV durch Bau mehrerer neuer Bike+Ride-Stationen (u.a. Fahrradstation am Hauptbahnhof Nordseite, Bhf. Park Sanssouci und Ausbau Charlottenhof)
- Mobilitätsoffensive – „Besser Mobil besser Leben“



Evaluation des StEK Verkehr 2014 – In Umsetzung befindliche bzw. fest im Haushaltsplan vorgesehene Maßnahmen im Rad- und Fußverkehr

- Kontinuierliche Umsetzung des Radkonzeptes sowie des Fußverkehrskonzeptes
- Fahrradstraße in der Stahnsdorfer Str. und Uferweg Wasserwerk Leipziger Straße
- Umbau Leipziger Dreieck mit mehr Fläche für den Radverkehr, neuem Wendegleis für die Tram in der Friedrich-Engels-Str. sowie komfortableren und behindertengerechten Fußgängerfurten
- Umgestaltung Horstweg und Radfahrstreifen Heinrich-Mann-Allee
- Verlängerung Fußgängerzone im Holländischen Viertel
- Geh- und Radweg an der Bergstraße in Satzkorn zwischen Bolzplatz und B 273
- Weitere Verknüpfung von Rad und ÖV durch Bau mehrerer neuer Bike+Ride-Stationen, u.a.: Hauptbahnhof, Bhf. Griebnitzsee, S-Bhf. Babelsberg
- Prüfung einer Grünen Welle für den Radverkehr auf der Breiten Straße



StEK Verkehr 2040 – weiter zu prüfende Maßnahmen im Rad- und Fußverkehr

- Verknüpfung der Nachbargemeinden mit Potsdam bzw. der Innenstadt:
 - Radschnellweg Stahnsdorf
 - Radvorrangroute Werder
 - Radschnellweg entlang der innerstädtischen Bahntrasse
- Brücke Radschnellweg Krampnitz/Neu Fahrland über Weißer See
- Brücke Hermannswerder/ Kiewitt
- Radwegverbindung zwischen Uetz-Paaren und Ketzin



Bericht des Ortsvorstehers Winfried Sträter

Ortsvorsteher im Landtag: Was wird aus den Ortsbeiräten? Am 29. März war ich als Ortsvorsteher in den Landtag eingeladen. Zum dritten Mal bot ein kommunalpolitisches Forum Gelegenheit, der Landtagspräsidentin und den (nicht sehr zahlreich anwesenden) Landtagsmitgliedern über Erfahrungen von Ortsteilen und kleinen Gemeinden zu berichten. Kommunalpolitisches Forum im Landtag. Fast 4 Stunden lang klagten die Ortsvorsteher-innen über Missstände, mangelnde Rechte und Möglichkeiten. Aufschlussreich war der Vortrag des Verwaltungswissenschaftlers Prof. Thorsten Ingo Schmidt von der Universität Potsdam über Entstehung, Rechte und Zukunft von Ortsbeiräten. Entstanden seien sie bei den Gebietsreformen, als Ämter zu Gemeinden zusammengelegt und Dörfer in größere Gemeinden und Städte eingegliedert wurden. Das Land habe sie als Kompensation für den Verlust der kommunalen Selbstständigkeit eingerichtet, aber mit dem Gedanken, das werde sich „ausdiffundieren“. Daher seien ihnen sehr überschaubare Rechte zugestanden worden – im Kern Anhörungsrechte bei Angelegenheiten des eigenen Ortsteils. Allerdings können Ortsbeiräte nicht so leicht wieder abgeschafft werden. Wenn eine Gemeinde dies will, müsste das Kommunalparlament mit Zweidrittelmehrheit dafür stimmen, außerdem der betroffene Ortsbeirat. Das ist eine ziemlich hohe Hürde. Aber die Klagen der Kommunalpolitiker über ihre mangelhaften Wirkungsmöglichkeiten nahmen kein Ende. Prof. Schmidt sah drei Möglichkeiten, wie es mit der Institution Ortsbeirat weitergehen könnte: entweder abschaffen (was faktisch nur das Land könnte) oder Mitwirkungsrechte stärken oder Budgets erhöhen, um Ortsbeiräten mehr Gestaltungsmöglichkeiten in ihren Ortsteilen zu verschaffen. Zurzeit können Städte und Gemeinde ihren Ortsteilen Mittel zur Verfügung stellen, freiwillig, wie dies in Potsdam geschieht. Prof. Schmidt hält 10 € pro Einwohner für angemessen. In Potsdam sind es circa 4 €. Geplant ist, dass die Zuteilung von Ortsteilbudgets nun verpflichtend wird – einerseits ein Fortschritt, andererseits hat das aber auch einen Haken. Bisher unterliegt die Verwendung der Mittel keinen spezifischen Haushaltsregeln. Das wird sich dann ändern. Wie es aussieht, werden wohl nicht die Rechte der Ortsbeiräte und Ortsvorsteher gestärkt, sondern die Finanzen.